



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2017

Plenum

Antrag

der Fraktion der FDP

betreffend **Ausbildungsverhältnisse und Praktika von Flüchtlingen bei Landesbehörden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es sich um eine große und integrationspolitisch vorrangige Aufgabe handelt, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Die Teilnahme am Erwerbsleben und die Erwirtschaftung des eigenen Lebensunterhalts sind nicht nur für das Selbstwertgefühl der Flüchtlinge enorm wichtig, sondern gehören elementar zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und beschleunigen auch die persönliche Integration. Zum Einstieg hierzu hält es der Landtag für einen wichtigen Schritt, Flüchtlinge möglichst zügig in Praktika und Ausbildungsverhältnisse zu vermitteln.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Privatwirtschaft im Jahr 2016 alleine im Bereich kleiner und mittelständischer Unternehmen 2.500 Geflüchteten einen betrieblichen Einstieg ermöglicht hat und dass darüber hinaus beispielsweise die Deutsche Post 1.000 Praktikumsplätze bereitstellt. Alleine im hessischen Handwerk haben bis Ende August diesen Jahres 754 Flüchtlinge eine Ausbildung begonnen und über 200 weitere an einer Einstiegsqualifizierung teilgenommen. Die private Wirtschaft erfüllt damit ihren Teil der wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und stellt einen Großteil der benötigten Ausbildungsplätze und Praktika zur Verfügung.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung ausweislich ihrer Angaben in Drs. 19/4448 in ihrem eigenen und dem Bereich der gesamten Landesverwaltung die nötigen Anstrengungen vermissen lässt, ihrerseits Flüchtlingen Ausbildungsplätze und Praktika anzubieten. Mit dem Eingeständnis, im Jahre 2016 gerade einmal 33 Geflüchtete in Praktika beschäftigt zu haben, stellt sich die Landesregierung selbst ein Armutszeugnis aus. Die Tatsache, dass im Geschäftsbereich des Wirtschafts- und Verkehrsministers "bis zu 70 Praktikumsplätze für Flüchtlinge" bei 40 Straßenmeistereien angeboten werden, von denen aber bislang nur sieben mit Flüchtlingen im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung besetzt werden konnten, muss als eklatantes Versagen bewertet werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich aktiv zu werden und dafür Sorge zu tragen, dass auch in ihrem eigenen Verantwortungsbereich Ausbildungsplätze und Praktika für Flüchtlinge in ausreichendem Maße nicht nur angeboten, sondern auch besetzt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. Oktober 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock